

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898**

14.1.1898 (No. 13)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 14. Januar.

Nr. 13.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1898.

## Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 28. Dezember v. J. gnädigt bewogen gefunden, den nachgenannten königlich preussischen bzw. königlich bayerischen Offizieren höchstehenden Orden vom Zähringer Löwen zu verleihen, und zwar:

a. das Ritterkreuz 1. Klasse:  
dem überzähligen Major Alwin Schmundt, aggregirt dem Infanterie-Regiment von Soeben (2. Rheinischen) Nr. 28 und  
dem überzähligen Major Anton Brochhoff, aggregirt dem Infanterie-Regiment Nr. 161;

b. das Ritterkreuz 2. Klasse mit Eichenlaub:  
dem Hauptmann und Bezirksoffizier beim Landwehrbezirk Saarlouis George von Olszewski und  
dem Hauptmann Eudres im königlich bayerischen Generalstab (Centralstelle) in München.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 6. Januar d. J. gnädigt geruht, den Postsekretär Robert Klokow aus Olszewitz in Ostpreußen zum Oberpostkassenbuchhalter bei der Kaiserlichen Oberpostkasse in Karlsruhe zu ernennen.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 4. Januar d. J. wurden die Expeditionsassistenten

Hermann Göbel in Konstanz,  
Rudolf Hirtler in Rastatt,  
Albert Heuser in Mannheim,  
Johann Haas in Singen,  
Julius Englert in Basel und  
Josef Amberg in Heidelberg  
zu Betriebsassistenten ernannt.

Mit Entschliessung der Steuerrichtung vom 10. Januar d. J. wurde Steuerkommissärassistent

Karl Brauch bei dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Heidelberg-Land zum Revidenten der Katasterkontrolle ernannt; ferner wurden in gleicher Eigenschaft ver-  
setzt: die Steuerkommissärassistenten  
Karl Herold bei dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Mosbach zu dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Heidelberg-Land,  
Wendelin Heijmann bei dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Karlsruhe-Stadt zu dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Durlach,  
Karl Müller bei dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Ueberlingen zu dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Karlsruhe-Stadt.

## Nicht-Ämtlicher Theil.

### \* Die allgemeine Budgetdebatte in der Zweiten Kammer

hat heute Vormittag begonnen und zur Ueberraschung vielleicht mancher Politiker noch an demselben Tage ihr Ende erreicht. Das bezeichnende und für den Zuhörer wohlthuend beruhigende Merkmal der diesmaligen Debatte war, wie auch der Herr Präsident des Finanzministeriums zu betonen Anlaß nahm, der außerordentlich ruhige, allgemeine politische Fragen nahezu ausschließende Charakter der Erörterungen, dem sich selbst der Sprecher der sozialdemokratischen Kammerfraktion nicht entziehen konnte. Die Auslassungen fast sämtlicher Redner waren, so weit die Beurtheilung der Staatshaushaltsvorlage in Betracht kam, nahezu auf den gleichen Ton gestimmt, und zwar wurde von allen Seiten die Wendung zum Besseren, welche seit einigen Jahren eingetreten ist, mit Genugthuung begrüßt. Einen breiten Raum in den Ausführungen der Vertreter aller Parteien nahm das „Kulturbild“ ein, das der Herr Präsident des Finanzministeriums seinem diesmaligen Finanzexposé einverleibt hatte, und auch hier war die Genugthuung über die außerordentlichen Fortschritte, die in kultureller, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht das badische Land und Volk in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten aufzuweisen hat, eine in allen Reden fast gleichmäßig hervortretende.

Die durch die Denkschrift des Finanzministeriums veranlaßte Frage einer Verlegung des Rechnungsjahres wurde in Uebereinstimmung mit den von Seite der Regierung geäußerten Anschauungen als eine bis auf weiteres zu verlassende bezeichnet und der dahingehende Antrag der Budgetkommission einstimmig angenommen.

Die von einigen Seiten gegebene Anregung auf Einführung einjähriger Budgetperioden wurde von Herrn Dr. Buchenberger bekämpft, und zwar nicht

blos mit Rücksicht auf die dermalen schon unzweifelhaft vorhandene Parlamentsmüdigkeit, sondern auch aus administrativen und vor allem aus finanziellen Erwägungen, weil erfahrungsgemäß mit der Aufstellung einjähriger Budgets und jährlichen Kammerverhandlungen die Gefahr einer sehr viel rascheren Steigerung des Staatsaufwandes verknüpft sei, als bei zweijährigen Budgetperioden. Der Würdigung dieser insbesondere in den Verhältnissen eines kleineren Staates begründeten Auffassung wird man sich wohl auch in den Reihen jener Volksvertreter nicht verschließen, die aus allgemeinen und politischen Gründen, und um eine Abfözung der Etatberatungen herbeizuföhren, als Befürworter einjähriger Budgetperioden diesmal aufgetreten sind.

Wir sind überzeugt, daß der sachlich ruhige Verlauf der heutigen allgemeinen Finanzdebatte, wie er, den ausdrücklichen Erklärungen des Herrn Präsidenten des Finanzministeriums zufolge, die Großh. Regierung befriedigt hat, so auch im ganzen Lande mit Genugthuung aufgenommen werden wird.

### Eine Volksabstimmung in der Schweiz.

Am heutigen Tage geht die Referendumsfrist in Betreff des Bundesgesetzes über den konfessionsmäßigen Rückkauf der schweizerischen fünf Hauptbahnen zu Ende. Nachdem bereits bis gestern fünfzigtausend Referendumsunterschriften, statt der erforderlichen 30 000, vorlagen, hat der Bundesrath das Gesetz „in genügender Weise“ dem Volke zur Kenntniß zu bringen und er hat bereits als Tag der Volksabstimmung den 20. Februar angelegt. Es vergehen demnach noch sechs Wochen bis zum Volksentscheid über die Eisenbahnverstaatlichung. Dieser Zeitraum wird, besonders in der zweiten Hälfte, von den Freunden wie den Gegnern des Rückkaufs mit den äußersten Anstrengungen ausgefüllt werden; der Neuzug kommt die ganze Aufregung nicht bringen. Die Argumente für und wider sind bereits verbraucht. Auch die Stellungnahme der politischen Parteien ist längst vollendet und es kann sich nur noch darum handeln, Schwandende und politisch Farblose zu gewinnen, die allerdings trotz der übertriebenen Entwicklung des Parteiwesens in der Schweiz noch sehr zahlreich sind. Wie scheinen will, haben in der letzten Zeit die Verstaatlichungsfreunde noch einiges Terrain gewonnen. Dabei ist aber zu bemerken, daß die Referendumszahlen erfahrungsgemäß keinen Schluß auf das Ergebnis der Volksabstimmung ziehen lassen.

In dem allgemeinen Durcheinander sind in letzter Zeit zwei Stimmen vernnehmbar geworden, die in weiteren Kreisen Beachtung gefunden haben und nicht ohne Einfluß bleiben werden. Ein Eisenbahnmann, kein geringerer, als der Verwaltungspräsident der Vereinigten Schweizerbahnen, Herr Birch, bezeichnet die Amortisation der Eisenbahnschuld als die Grundlage der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Landes und damit als einen Vortheil, der bei der Beurtheilung der Frage schwer ins Gewicht falle zu Gunsten des Rückkaufs, wogegen er sich ziemlich skeptisch verhält bezüglich der anderen Hoffnungen, welche an die Operation geknüpft werden, und zugleich meint er, man komme nicht leicht über die Milliarden-schuld hinweg; indessen sei im Gesetz selber ein Weg offen gelassen, der darum herumzuführen könnte, nämlich der Weg der Annuitäten, d. h. der Bund würde zwar in fünf Jahren die Bahnen übernehmen, aber anstatt einer Bezahlung des Preises an die Gesellschaften während sechzig Jahren aus den Betriebsüberschüssen jährlich eine bestimmte Summe zahlen, so daß die Gesellschaften selbst für die Verzinsung und Amortisation ihrer Aktien und Obligationen sorgen könnten und der Bund die Bahnen nach Ablauf von sechzig Jahren schuldenfrei hätte. Bemerkenswerth ist auch, daß dieser Sachmann die vorgeschlagene Organisation zu decentralisirt findet, während die Gegner des Gesetzes diesem gerade die Centralisation zum Vorwurf machen. Nationalrath Prof. Hilty, Verfasser des „Polit. Jahrbuches“, legt ebenfalls großes Gewicht auf die Schuldenentlastung. Ferner weist er auf die noch viel größeren Opfer hin, die beim Ablauf eines neuen Rückkaufstermins gebracht werden müßten; aber er verhehlt sich nicht, daß gegen die Operation sprechen die Uebernahme eines gewaltigen finanziellen Risikos, die unvermeidliche Vermehrung des Bundesbeamtenbestandes, die Gefahr der Einnischung in die Organisation der Bundesbahnen von Seiten einer sozialistischen Demagogie, deren Anfänge man bereits habe beobachten können (Anspielung auf den Streik der Eisenbahner) und endlich die gesteigerte Begehrlichkeit in Bezug auf die Herstellung neuer Bahnen, die Tarife u. s. w., die sich ohne Zweifel auf die Unterstützung politischer Persönlichkeiten stützen würden.

Zu denjenigen politischen Gruppen, die als solche für die Verstaatlichung Stellung genommen haben, gehören auch die Sozialdemokraten, die gar kein Hehl daraus machen, daß sie Gegenleistungen erwarten. Dies erhellt aus der kategorischen Erklärung eines Sozialistenblattes, daß die Sozialdemokraten von der freisinnigen Mehrheitspartei vor der Abstimmung das bindende Versprechen verlangen werden, für die Einführung des proportionalen Verfahrens bei der Wahl der Nationalräthe auch für die Wahl des Bundesrathes durch das Volk einstehen zu wollen — wo nicht, würden die sozialistischen Stimmen für die Verstaatlichung nicht zu haben sein. Ein Beschluß hierüber ist von der Partei nicht gefaßt und es ist möglich, daß sie ihre Karten nicht jetzt schon aufdeckt.

Mittlerweile hat der Bundesrath seine Vorbereitungen fortgesetzt. Namentlich beschäftigten ihn, wie der „National-Zeitung“ aus Bern geschrieben wird, die Festsetzung der Grundsätze für die Berechnung des konfessionsgemäßen Reinertrags und des Anlagekapitals sowie Unterhandlungen mit der Nordostbahn betreffend die Zusammenlegung der Konzeptionen für den Rückkauf. Eine Verständigung ist noch nirgends erzielt worden; der Bundesrath faßte seine Beschlüsse betreffend Reinertrag und Anlagekapital auf Grund der vorliegenden Ausweise und Rechnungen, und falls nicht nach einem bejahenden Volksentscheid haben und drüber eine versöhnliche Stimmung eintritt, werden die Gesellschaften von ihrem Rekursrecht Gebrauch machen, die Prozesse also vor dem Bundesgericht geführt werden.

### Politische Uebersicht.

\* Die gestrige Etatsrede des preussischen Finanzministers Dr. v. Miquel schloß sich enger an die Etats- und Finanzverhältnisse an, als manche seiner früheren Reden, welche öfter durch weite Ausblicke auf das Gebiet der allgemeinen Politik und Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik belebt wurden. Obwohl aber der Finanzminister in der Hauptsache mit dem trockenen Zahlenmaterial des Etats und der letzten Rechnungsjahre operirte, so vermochte er doch wiederholt den Beifall der Zuhörer hervorzurufen. Sehr charakteristisch war die Zustimmung besonders lebhaft, als der Finanzminister die Bedeutung der obligatorischen Schuldenentlastung für die Konsolidation der preussischen Finanzlage hervorhob. Aus der großen Reihe von Zahlen hoben sich namentlich zwei besondere Darlegungen wirksam hervor. Zunächst wurde durch einen Vergleich zwischen den allgemeinen Verwaltungsausgaben in den Jahren 1880/81, 1890/91 und jetzt gezeigt, wie reiche Mittel der preussische Staat in jenem Zeitraum und insbesondere in dem unter das Finanzministerium Miquel fallenden zweiten Theil desselben für Kulturzwecke wirtschaftlicher und mehr noch ideeller Natur aufzuwenden im Stande war. Wenn in diesem Zeitraum, in welchem bekanntlich Fluth und Ebbe in den Finanzen mehrfach wechselten, die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung von über 278 auf über 501 Millionen Mark, also um 223 Millionen, darunter um rund 141 Millionen unter dem Ministerium Miquel, gestiegen sind und wenn davon nicht weniger als 89 Millionen, darunter die Hälfte aus der Zeit unter Miquel, auf das Kultusministerium entfallen, so wird dadurch der bündige Beweis geliefert, wie hinsichtlich die Behauptung ist, als ob in Preußen in Bezug auf die Kulturaufgaben gefargt würde. Einen zweiten Höhepunkt erreichte die Etatsrede in der Darlegung des leitenden Grundsatzes Miquel'scher Finanzpolitik, möglichst durch schnitts verhältnisse zu erhalten, und in der Art, wie derselbe in dem vorgelegten Etat durch die Bildung von starken Reserven für schlechte Jahre durch die überreiche Dotirung des Extraordinariums durchgeführt wird.

### \*\* Die Betriebssicherheit auf den preussischen Staatseisenbahnen.

In einer dem preussischen Landtage bei seinem Zusammentritt vorgelegten Denkschrift über den Stand der Betriebssicherheit, die Betriebseinrichtungen und den Betriebsdienst auf den preussischen Staatseisenbahnen wird darauf hingewiesen, daß die Betriebssicherheit stets eine der ersten Stellen eingenommen haben im letzten Jahre in schneller Folge eine Reihe schwerer Unfälle zu beklagen hatten, die in ungewöhnlich großer Zahl Opfer an Leben und Gesundheit forderten und in weiten Kreisen Unruhe und Besorgniß erregten. Obgleich in der Mehrzahl der Fälle die gerichtliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, hielt sich die Staatseisenbahnverwaltung doch für verpflichtet, dem Landtage sogleich bei seinem Zusammentritt ausführliche Mittheilung über die im letzten Sommer und Herbst vorgekommenen folgenschweren Unfälle zu machen und den Stand der Betriebssicherheit auf den Staatseisenbahnen, sowie die Betriebseinrichtungen und den Betriebsdienst, soweit sich diese auf die Sicherheit des Betriebs erstrecken, eingehend darzulegen. Die Staatseisenbahnverwaltung ist sich bewußt, daß es zu ihren ernstesten Aufgaben gehöre, für die Sicherheit des Betriebs

durch entsprechende Ausrüstung der Bahn in den baulichen Anlagen und Betriebsmitteln, durch klare Gliederung und straffe Ordnung des Betriebsdienstes, durch ausreichende Bemessung und tüchtige Schulung des Personals und durch sachgemäße, den Kräften angemessene Dienstverteilung unablässig zu sorgen.

Die Denkschrift bemerkt, daß ein sicherer Ueberblick über den Stand der Betriebsicherheit auf einem größeren Bahngelände nur gewonnen werden könne, wenn eine möglichst lange Reihe von Betriebsjahren beobachtet werde, weil die einzelnen aufeinanderfolgenden Jahre zum Theil so erhebliche Schwankungen zeigen, daß diese zu Trugschlüssen verleiten könnten. Auch muß bei einem Vergleich der Betriebsicherheit auf verschiedenen Bahnen, namentlich auf Bahnen verschiedener Länder geprüft werden können, ob die Bählung der Unfälle und der dabei Verunglückten nach gleichen oder abweichenden Grundsätzen erfolgt.

Da nun die Ermittlung und Meldung der Zahl der Unfälle bei den französischen und englischen Bahnen nicht nach denselben Grundsätzen erfolgt wie in Deutschland, so können diese Bahnen bezüglich der Unfallzahl nicht zu Vergleichszwecken herangezogen werden.

Dagegen erfolgt die Bählung der Unfälle auf allen deutschen Eisenbahnen nach gleichen Grundsätzen, die im wesentlichen auch im Gebiete des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen (dem außer den deutschen auch die österreichisch-ungarischen und holländischen, sowie einzelne Bahnen anderer angrenzender Länder angehören) angewandt werden, so daß hier Vergleichsmöglichkeiten sind. Es wird nun der Nachweis erbracht, daß auf den preussischen Staatsbahnen die auf die Leistung an Zugkilometern bezogene Unfallzahl im Durchschnitt der betrachteten Jahre niedriger ist, als auf den andern Bahngeländen. Denn es kamen im Jahresdurchschnitt auf 1000000 Zugkilometer: auf den preussischen Staatsbahnen 10,7, auf allen deutschen Bahnen 12,4, auf den österreichisch-ungarischen Bahnen 13,3, und auf allen Vereinsbahnen 12,6 Unfälle, während sich andererseits die Leistung an Zugkilometern auf den genannten Bahngeländen verhält wie:

1 : 0,90 : 0,59 : 0,79, bei diesem Vergleich auf den preussischen Staatsbahnen also am höchsten war.

Zugleich ist eine allgemeine Abnahme der auf die Betriebseinheit bezogenen Unfallzahlen zu erkennen, namentlich der Entgleisungen und Zusammenstöße.

Die Zahl der Zusammenstöße, die ganz besonders als Vertheilung für die Betriebsicherheit gelten kann, ist im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts um annähernd 40 Proz. niedriger, als im Durchschnitt der Zeit von 1880/81 bis 1889/90; und in den beobachteten 17 Jahren um 73 Proz. gefallen; eine Folge der fortschreitenden Verbesserung der betriebssicherheitslichen Anlagen und Anordnungen.

Diese Abnahme ist um so bemerkenswerther, als gleichzeitig der Verkehr sehr beträchtlich gewachsen ist. Denn es ist in dem Zeitraum von 1880/81 bis zur Zahl der Zugkilometer aller Züge auf 1 km der Betriebslänge um 28,4 Proz. und die Zahl der Personenkilometer auf 1 km der Betriebslänge um 60 Proz. gestiegen. Die Betriebsgefahrlage nimmt aber bei wachsendem Verkehr in höherem Maße zu als der Verkehr. Bezüglich der Zahl der verunglückten Reisenden werden auch die Bahnen in Frankreich und England zu Vergleichszwecken herangezogen, und auch aus diesen Vergleichen kann gefolgert werden, daß die Betriebsicherheit auf den preussischen Staatsbahnen höher ist als auf den in Vergleich gestellten anderen Bahngeländen.

In demjenigen Abschnitt, der von den Unfällen des vergangenen Sommers handelt, wird gezeigt, daß zwar die Zahl der Unfälle sowohl im Vergleich mit den Sommerhalbjahren der vorhergehenden fünf Jahre, wie mit der langen Reihe von Jahren seit 1880/81 überhaupt nicht eine verhältnismäßig hohe ist. Dagegen hatten die Unfälle des letzten Sommers zum Theil außerordentlich schwere und heftige Folgen, so daß die Zahl der verunglückten Reisenden in dieser Zeit eine ungewöhnliche Höhe erreichte. Es wurden im Betriebe einschließlich der durch eigenes Verschulden Verunglückten getödtet: 32 Reisende und 133 Bahnbeamte und Arbeiter, und verletzt: 198 Reisende und 322 Bahnbeamte und Arbeiter, es verunglückten also im ganzen 230 Reisende und 455 Beamte und Arbeiter, davon wurden durch eigenes Verschulden 15 Reisende getödtet und 31 verletzt. Diese Zahlen waren hinsichtlich der Reisenden höher als in einem der vorausgegangenen fünf Jahre, sie blieben aber bezüglich der verunglückten Beamten und Arbeiter bezogen auf 1000000 Zug km aller Züge mit 3,49 hinter dem Durchschnitt der fünf vorhergehenden Jahre mit 4,92 erheblich zurück.

Die ungewöhnliche, bisher auf den preussischen Staatsbahnen noch nicht erreichte Höhe der verunglückten Reisenden wird übrigens selbst von der englischen Durchschnittsziffer der Jahre 1880-1896, die auf 1000000 Zug-km der zur Personenbeförderung dienenden Züge 6,21 beträgt, noch übertroffen.

Die bestehenden Einrichtungen zur Förderung der Betriebssicherheit widerlegen die vielfach hervorgeratene Ansicht, die preussische Staatsbahnenverwaltung habe aus Sparansichten die betriebssicherheitsliche Vervollkommenung und Ausgestaltung ihres Reges vernachlässigt.

### See- und Marine.

Das französische Parlament wird sich mit zwei Gesetzentwürfen zu beschäftigen haben, welche von der Armeekommission bereits geprüft sind und denen in militärischen Kreisen einige Wichtigkeit zuerkannt wird. Bekanntlich wurde das Kriegsministerium durch einen Beschluß der Kammer ermächtigt, ein neues Armeecorps mit dem Siege in Nancy aufzustellen. Die Bildung eines Geniebataillons, das diesem Corps hätte einverleibt werden sollen, war dabei nicht vorgesehen. Allein da man die Wichtigkeit desselben erkannte, legte der Minister einen Gesetzentwurf vor, durch welchen die Ermächtigung zur Bildung dieses Bataillons erteilt werden soll. Das Parlament wird zweifelsohne in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten erheben und die Folge dieser Maßregel wird wahrscheinlich sein, daß man auch allen anderen Armeecorps ein Geniebataillon beigegeben wird. Der zweite Gesetzentwurf, den der Kriegsminister, General Villot, der Armeekommission unterbreitet hat und der nun in kürzester Frist im Parlament zur Berathung gelangen wird, hat die Bildung eines permanenten Telegraphencorps zum Gegenstande. Die Unzulänglichkeiten der bestehenden Organisation sind schon seit längerer Zeit bekannt und man konnte sie bei den jüngsten Mandatverneuerungen konstatieren. Es scheint demnach sicher zu sein, daß die Kammer in dieser Beziehung den Wünschen des Kriegsministers nachkommen werden. — Der Gouverneur von Paris und Generalissimus im Kriegsfalle, General Sauffier, erreicht am 16. Januar die Altersgrenze für den aktiven Dienst und muß demnach auf seine beiden Funktionen verzichten. Die Regierung ist zur Erkenntniß gelangt, daß die Kumulirung zweier so wichtigen Ämter, wie die eines Gouverneurs von Paris und eines

obersten Feldherrn im Kriegsfalle, zu Unkonnlichkeiten führen könnte, und hat beschlossen, für jedes dieser Ämter dem General Sauffier einen eigenen Nachfolger zu geben. Der Oberkommandant ist bereits bestimmt, es ist dies General Jamont. Für den Posten des Gouverneurs von Paris hat der Kriegsminister mehrere Kandidaten, er wird seine Wahl im Laufe dieser Woche dem Ministerrath vorlegen. — Von den verschiedenen Missionen, welche der Gouverneur von Dahomey, Herr Vallot, ausgesendet hatte, um eine wirksame Befestigung verschiedener Punkte zwischen Dahomey und dem Niger durchzuführen, sind gute Nachrichten eingelaufen. Das Gleiche ist der Fall bezüglich der französischen Posten, die stufenweise längs des Flusses Say in Voussa und von da bis zum neunten Grade aufgestellt sind. Die Aufstellung dieser Posten hat den Zweck, die verschiedenen Protektorsverträge zu bekräftigen, die von den Forschungs-Expeditionen früher abgeschlossen worden sind.

### Geheimerath a. D. Anton Walli †.

Am Vormittage des 11. Januar wurde die irdische Hülle eines hochverdienten badiischen Staatsbeamten und in großem Ansehen stehenden Mannes zur letzten Ruhestätte begleitet: des Groß-Geheimen Rathes a. D. Walli. — Anton Walli, am 8. November 1816 zu Rastatt geboren, widmete sich nach vollendeter Gymnasialbildung in den Jahren 1834 bis 1838 auf den Universitäten Freiburg und Heidelberg dem Studium der Rechtswissenschaft und legte gegen Ende des Jahres 1838 die juristische Staatsprüfung mit ausgezeichnetem Erfolge (Note „vorzüglich befähigt“) ab. Er fand seine weitere, praktische Ausbildung bei den Ämtern Rastatt und Rheinfischhofheim — Justiz und Verwaltung waren damals bekanntlich noch nicht getrennt —, ließ sich im Jahre 1842 als Rechtsanwält, zunächst in Borsberg, später in Weickelsheim nieder, trat aber im Jahre 1849 wieder in den Staatsdienst, indem er im Jahre 1849 zum Assessor beim Bezirksamt Birsfelden und im Jahre 1851 zum Amtmann daselbst ernannt wurde. 1852 erfolgte seine Berufung als Assessor zu dem damaligen Hofgericht Bruchsal, im Jahre 1854 seine Ernennung zum Ministerialassessor und 1855 zum Ministerialrath beim Groß- Finanzministerium. Im Jahre 1866 in gleicher Eigenschaft zum Justizministerialrath versetzt, erhielt er im Jahre 1868 den Titel und Rang eines Geheimen Referendar's. Im Jahre 1874 wurde er zum Geheimen Rath 2. Klasse ernannt.

In diesen verschiedenen Stellungen und Ämtern zeichnete sich Walli durch hervorragendes juristisches Wissen, unermüdblichen Fleiß, große Leistungsfähigkeit und äußerste Gewissenhaftigkeit aus. Seinen Untergebenen begegnete er stets mit Wohlwollen und ruhiger Freundlichkeit, seine Kollegen und Vorgesetzten schätzten an ihm neben seinem umfassenden Wissen und seiner reifen und reichen Erfahrung insbesondere seine vortrefflichen Charaktereigenschaften. Auch an äußeren Auszeichnungen fehlte es Walli nicht. Hohe badiische, bayrische und preussische Orden schmückten seine Brust.

Neben seiner starken dienstlichen Anspruchsnahme fand Walli gleichwohl noch die Zeit, auch am politischen Leben sich in reger und bedeutender Weise zu betheiligen. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger im Jahr 1859 in den Ständesaal der Zweiten Kammer als Abgeordneter des damaligen 41. Wahlkreises (Weickelsheim) entsendet, übte er dieses Mandat bis zum Jahr 1864 aus. Sein Eintritt in die politische Arena fiel in eine bewegte Zeit, die Zeit des Kampfes der liberalen Mehrheit der Zweiten Kammer gegen das Konordat. Walli, obgleich sein ganzes Leben hindurch ein gläubiger Katholik, stellte sich sofort in entschiedener Weise an die Seite der Märrer, die aus rechtlichen wie aus politischen Gründen den Abschluß des Konordates verwarfen und deren ungeschlossene Haltung im April 1860 zu dem bekannten politischen Umschwunge führte. Das badiische Land und Volk hat alle Ursache, auch heute noch jener Männer sich dankbar zu erinnern. Fast alle sind schon längst aus dem Leben geschieden. Walli war einer der wenigen Uebriggebliebenen.

Im Dezember 1880 veranlaßten ihn Rücksichten auf seine Gesundheitsverhältnisse, um Verlegung in den wohlverdienten Ruhestand nachzusuchen. Dem Gesuche wurde im Januar 1881 unter allerhöchster Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienste entsprochen.

Der Lebensabend gestaltete sich für Walli zu einem ruhigen und freundlichen. Wenn ihm auch die Gedächtnisse des höheren Alters nicht ganz verschonten, so war ihm doch vergnügt, noch vor kurzem sein 81. Lebensjahr in verhältnismäßiger Thätigkeit zu vollenden. — Unermüdet setzte eine nur wenige Tage andauernde Krankheit am 8. Januar 1898 seinem Leben ein Ziel.

Um den Dahingeshiedenen trauern seine Gattin (zweiter Ehe), drei verheiratete Söhne, eine verwitwete Tochter, eine stattliche Zahl von Enkelkindern und einige Urenkel, zugleich aber auch aufrichtigen Herzens seine Freunde und Alle, die ihm im Leben näherstanden. — Die Erde sei ihm leicht!

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 13. Januar.

Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen beabsichtigt, am Samstag den 15. d. Mts. die Reise nach Rom anzutreten.

Die fortschreitende Besserung im Befinden Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs läßt die großherzoglichen Herrschaften hoffen, im Laufe der nächsten Woche nach Karlsruhe übersiedeln zu können.

\*\* Auf Grund der im Dezember 1897 vorgenommenen Staatsprüfung im Forstfache sind folgende Forstkandidaten unter die Zahl der Forstpraktikanten aufgenommen worden:

- Stoll, Hermann, aus Basel,
- Hartweg, Eduard, aus Birsfelden,
- Kaiser, Albert, aus Müllheim,
- Rittirschky, Franz, aus Elgersweier,
- Graf, Karl, aus Obereschelz,
- Helbing, Fritz, aus Langensteinbach,
- Salzgeber, Georg, aus Daisbach,
- Holz, Wilhelm, aus Karlsruhe,
- Artopoulos, Karl, aus Pforzheim,
- Hartnagel, Friedrich, aus Karlsruhe,
- Gessner, Reinhard, aus Karlsruhe,
- Rothmann, Franz, aus Karlsruhe und
- Krieg, Otto, aus Bühl.

\*\* In verschiedenen Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß in Indien ein gewisser Marquardt mit Hinterlassung von Millionen gestorben und daß das Auswärtige Amt mit der Ermittlung der Erben befaßt sei, um den Nachlaß an

sie auszufütten. Die Nachricht ist vollständig aus der Luft gegriffen. Dem Auswärtigen Amt ist weder ein Marquardt'scher Nachlaß noch irgend welche Mittheilung über das Vorhandensein eines solchen zugegangen. Die zahlreichen, in dieser Beziehung an das Auswärtige Amt gelangten Anfragen und Anträge sind so unbestimmt, daß auch zur Anstellung von Ermittlungen darüber, ob dem Gerücht irgend welcher Thatbestand zu Grunde liegt, keine Möglichkeit geboten ist.

\* In einer vor kurzem erschienenen Denkschrift über die Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in einer größeren badiischen Stadt ist gesagt, daß seitens des badiischen Staats in dessen Eigenschaft als Arbeitgeber in der Wohnungsfrage Anerkennenswerthes geleistet werde, insofern als staatsseitig ein namhafter Bruchtheil des Eisenbahn- und Soldatenpersonals in zahlreichen Dienst- und Mietshauswohnungen untergebracht sei. Es wird dann weiter ausgeführt, wie ein gleiches Ziel auch hinsichtlich der Post- und Telegraphenunterbeamten angestrebt werden müsse, — für die bisher noch nichts geschehen sei.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Postverwaltung mit Rücksicht darauf, daß an vielen Orten, zumal an den Eichen der Postagenturen, den Postunterbeamten in der Beschaffung ausreichender Wohnungen große Schwierigkeiten entgegenstehen, seit einigen Jahren dazu übergegangen ist, durch Anmiete von Wohnhäusern und Zumeilung der Wohnungen an Unterbeamte die bestehenden Mißstände nach Thunlichkeit zu mildern. Zu dem besagten Zweck sind bereits beträchtliche Mittel aus der Reichskasse angewandt worden. So sind für die beiden Rechnungsjahre 1897/98 und 1898/99 zusammen Jahresbeträge von 17 460 M. zur Anmiete von Häusern und Kapitalien von 420 000 M. zum Ankauf von Häusern vorgezogen, und es werden durch die Fürsorge der Verwaltung noch im Laufe dieses Jahres für Postunterbeamte in 129 Orten des Reichs-Postgebietes 319 Dienstwohnungen in angemieteten und in reichseigenen Häusern vorhanden sein.

Die Postverwaltung wird, soweit es die Staatsverhältnisse gestatten, auch in den folgenden Jahren durch Bereitstellung der nöthigen Mittel an ihrem Theil zur Verringerung oder Wöderung der bestehenden Wohnungsnoth und damit zur Lösung dieser wichtigen sozialen Frage beitragen.

§ (Sitzung des Schwurgerichts vom 12. Januar.) Der heutige letzte Sitzungstag des Schwurgerichts, an dem wiederum Landgerichtsdirektor Weizel präsidirte, brachte zunächst die Anklage gegen den 18 Jahre alten Tagelöhner Jakob Wilhelm Müller aus Aiblingen wegen Raubs. Dieser Angeklagte wurde beschuldigt, daß er in der Nacht vom 14. auf 15. November auf einem zur Wartburg führenden öffentlichen Wege auf Gemartung Pforzheim, etwa eine halbe Stunde von dieser Stadt entfernt, dem Jakob Reck aus Enzelsweiler mit Anwendung von Gewalt dessen beide Geldbeutel mit 236 M. Inhalt weggenommen hat, indem er den Reck von hinten packte, ihm mit einem Stode heftige Streiche auf den Kopf und die rechte Hand versetzte und dem zu Boden Geschlagenen die Geldbeutel aus den Hosentaschen nahm.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Müller unter Zustimmung der Umstände schuldig. Auf Grund dieses Verdiktes erkannte der Schwurgerichtshof auf drei Jahre Gefängniß und drei Jahre Exterulirung.

Der letzte Fall, der in der diesmaligen Schwurgerichtssession unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weizel verhandelt wurde, betraf die Anklage gegen den 30 Jahre alten Fabrikarbeiter Wilhelm Wild aus Tiefenbrunn wegen Raubs. In dieser Anklage wurde der Angeklagte Staatsanwalt Dölter als Vertreter der Anklagebehörde, Verteidiger war Rechtsanwalt S. Dyppeheimer. Der Thatbestand, welcher dieser Anklage zu Grunde lag, war ein einfacher. Wild hatte am 26. Mai v. J. den vor seiner Vernehmung geleiteten Eid willentlich durch ein falsches Zeugniß verletzt, indem er vor dem Groß- Amtsgericht Pforzheim in einer Untersuchungsfrage wegen Fortdiebstahls, obgleich er selbst an dem Fortdiebstahl theilhaftig war, seine Theilnahme an demselben leugnete. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, aber auch die Strafmilderungsfragen nach §§ 131, 152 und 153, weil Wild vor seiner damaligen Einnahme auf das Recht der Zeugnisverweigerung nicht aufmerksam gemacht worden war. Der Schwurgerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängniß.

Damit waren die Sitzungen des Schwurgerichts für das erste Quartal 1898 beendet, und der Vorsitzende entließ die Geschworenen mit Worten des Dankes für die gewissenhafte Ausübung ihres Richteramtes.

▲ (Kaminbrand.) Heute Vormittag kurz vor 12 Uhr ist in einem Hause am Rondellplatz ein Kaminbrand ausgebrochen, der jedoch ohne erheblichen Schaden verlaufen ist. Die Feuerwehrröhre ist irtümlicherweise Großfeuer gemeldet wurde, brauchte nur wenig thätig einzugreifen.

□ Mannheim, 13. Jan. Der hiesige Stadtrath hat dem Bürgerausschuß an der Hand der Denkschrift des Herrn Oberbürgermeisters Beck bereits eine Vorlage zur Verbesserung der Arbeiterwohnungsverhältnisse in unserer Stadt unterbreitet. Darnach sollen Gesellschaften, Genossenschaften, Konfessionen und Einzelpersonen auf gemeinnütziger Basis die Straßensloßen erlassen werden, wenn sie sich verpflichten, die zu erbauenden Häuser in Wohnungen von 2 bis 3 Zimmern nebst Küche einzutheilen und einen Mietzins erheben, der neben der Deckung der ständigen Kosten für Steuern, Reparaturen, Abschreibungen u. s. w. den landesüblichen Zinsfuß nicht übersteigen darf. Außer den Straßensloßen wird auch der Kaufschilling für von der Stadt erworbenes Gelände ganz oder theilweise erlassen, wenn der Bauunternehmer außer den obigen Verpflichtungen es auch übernimmt, die Genehmigung der Baupläne und der Mietzinse durch den Stadtrath einzuholen, sowie sich zur Einführung von ein- oder zweistöckigen Mietzinszahlungs-terminen verpflichtet und endlich der Stadtgemeinde das Recht einräumt, nach 50 Jahren jederzeit die Baugrundstücke nebst allem Zubehör um den ursprünglichen Kaufpreis abzüglich der bisher erfolgten alljährlichen 1/2 Proz. betragenden Amortisation zu übernehmen. Endlich erläßt die Stadt Privatunternehmern und Privatkonfessionen, welche mit Gewinnabsicht Arbeiterhäuser erbauen, die Straßensloßen, falls sich die Unternehmer verpflichten, Wohnungen mit 2 bis 3 Zimmern nebst Küche zu errichten, sie dauernd gut zu unterhalten und die Baupläne der Genehmigung des Stadtraths zu unterbreiten.

\* Mannheim, 13. Jan. Die Errichtung einer elektrischen Uhrenanlage beantragt der Stadtrath beim Bürgerausschuß. Die Kosten sind auf 46 320 M. veranschlagt. An diese Anlage sollen alle Uhren in städtischen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen angeschlossen werden. Auch Privathäuser können Anschluß bekommen. Die in den Privathäusern zur

Kaufstellung gelangenden sogen. sympathischen Uhren besitzen ein Zifferblatt von 21,5 cm Durchmesser. Die jährliche Miethe für eine derartige Uhr würde betragen: I. wenn die Uhr so angebracht wird, daß sie auch vom Publikum gesehen werden kann, 10 M. II. Wenn dieselbe im Inneren angebracht ist, 20 M. Jedere weitere Uhr von gleicher Größe kostet 10 M. und für den Fall eine größere Uhr bis zum Durchmesser von 32,5 cm gewünscht wird, 5 M. mehr. Während diese Sätze für alle Private gelten, deren Abkalkulation von der Hauptleitung aus nicht länger als 500 m ist, sind die Leitungsstellen, welche der Stadtgemeinde aus längeren Leitungen zu den Privaten von den Hauptleitungen aus erwachsen, von den Privaten selbst zu tragen. Da-selbe gilt von den Kosten der Uhren, deren Zifferblattdurchmesser über 21,5 cm hinausgeht.

St.L.A. Am 12. Januar 1898 waren im Großherzogthum verzeichnet:  
An Mann und Klauenheute:  
Amtsbezirk Meßkirch; Gemeinde Wornsdorf (Tannenbrunn); Bonndorf; Bonndorf; Waldsiedl; Breisach; Breisach; Bringen und Königshausen; Emmendingen; Eichstetten, Ebingen, Ketzingen und Weisweil; Ettenheim; Kist; Freibur; Stegen; Börsach; Tannenkirch; Schopfheim; Dörsenbach und Maulburg; Rehl; Freisfeld und Vegeburg; Oberkirch; Bütschbach und Oberkirch; Offenbürg; Niederhofsheim und Offenbürg; Baden; Dös und Singheim; Bühl; Schwarzbach; Rastatt; Eichenheim; Bretten; Buerbach; Dörsenheim; Flehingen, Gochsheim, Rürnbach, Oberacker, Sidingen und Jansenhausen; Bruchsal; Forst, Heibelsheim, Helmsheim, Kronau, Obergrombach und Oberwisheim; Durlach; Königsbach; Ettlingen; Eutingen; Karlsruhe; Amlingen und Staffort; Forstheim; Eutingen, Jittersbach und Kieselbrunn; Mannheim; Redarau; Schwetzingen; Brühl und Ebingen; Weinheim; Heibelsheim und Hemsbach; Eppingen; Elsenz, Eppingen, Mühlbach, Migen und Sulzfeld; Heibelsberg; Altenbach; Eppelheim, Schwanenheimerhof und Wiesensbach; Sinsheim; Kirchardt, Mischelsfeld, Untergimpern und Weiler (Buchenauerhof); Wiesloch; Roth und Wiesloch; Adelsheim; Walsheim und Sennfeld; Tauberhofsheim; Gerlachshausen, Großriedersfeld, Grünfeld, Grünfeldshausen, Hochhausen und Zimpfen.

### Badischer Landtag.

#### 19. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag, den 13. Januar 1898.

(Vorläufiger Bericht.)

In der heutigen Sitzung trat die Zweite Kammer im Anschluß an die Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über die Denkschrift, die Verlegung des Rechnungsjahres betreffend, in die allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz ein.

Den Bericht erstattete der Budgetpräsident Hug. An der fünfständigen Debatte beteiligten sich die Abgg. Wildens, Flüge, Frank, Heimbürger, Fieser, der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Dr. Buchenberger, die Abgg. Pfisterer, Fischer, Wittum, Benedy, Klein, Beck und (wiederholt) der Abg. Wildens und der Berichterstatter.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Samstag den 15. Januar, Vormittags 9 1/2 Uhr.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Januar.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Abg. Haase (Soz.) stimmt einer weitergehenden Zulassung von Reichsconsulenten bei. Die Zulassung der Consulenten dürfte nicht von der oberen Justizbehörde abhängig sein, sonst könnte sie eventuell aus politischen Gründen verweigert werden. Zum Entmündigungsverfahren müsse man einen Verzicht haben. Bei dem Zwangsvollstreckung müßte man alles vermeiden, was geeignet sei, die wirtschaftliche Existenz des Schuldners und sein Familienleben zu zerstören. Bei landwirtschaftlichen Pfändungen müßten Sachverständige zugezogen werden.

Abg. Trimborn (Centr.): Eine weitere Zulassung des Consulententhums würde das Ansehen des Anwaltsstandes schädigen, was sehr bedauerlich wäre. Der Vorterrmin scheint ebenso bedenklich und nur zur Verschleppung der Verhandlungen geeignet. Der Erhöhung der Revisionssumme kann auch ich nicht beistimmen. Eine Entlastung des Reichsgerichts könnte auf andere Weise herbeigeführt werden.

Staatssekretär Nieberding: Die Reichsjustizverwaltung unterliegt einem Antrag, der die Kompetenz des Reichsgerichts einschränkt, nur mit Widerstreben, aber sehr ernsthafte Gründe haben und veranlassen, unsere Bedenken aufzugeben und durch die Erhöhung der Revisionssumme die Kompetenz zu beschränken. Das Reichsgericht erledigt die Civilsachen mit sechs Senaten. Richter und Senate sind überlastet, sie sind an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Zeit zur Erledigung der so wichtigen wissenschaftlichen Arbeiten fänden die Richter nicht mehr. Eine große Anzahl von Sachen komme erst nach sechs Monaten zur ersten Verhandlung. In den letzten sechs Jahren ist die Belastung der einzelnen Richter um 25 Proz. gestiegen. Diese Lage ist unhaltbar. Außer eigener Initiative drängt das Reichsgericht auf Abhilfe. Die Gefahr der Verschleppung der Urtheile, der Verschleppung der Sachen und der Differenzierung der einzelnen Senate rückt näher und drohe das Ansehen unseres obersten Gerichtshofes zu schmälern. Bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches nimmt der Bevölkerungskreis, für den das Reichsgericht zuständig ist, um rund 10 Millionen (Bayern und Sachsen) zu. Eine große Menge neuer Streitfragen werde auftauchen und den Weg zum Reichsgericht nehmen. Es wären zur Bewältigung dieser neuen Aufgaben drei bis vier neue Senate nötig. Der Präsident des Reichsgerichts hätte an Gutachten über die einschlägigen Fragen einreichen sollen. Er hat die Präsidenten der Senate und erfahrenen Richter hinzugezogen, und diese Herren haben gemeint, daß eine Entlastung des Reichsgerichts durch eine Erhöhung der Revisionssumme am besten eintreten könnte. Diese Ansicht wurde einstimmig ausgesprochen von diesem gewiß kompetenten Kollegium. Wir sind gern bereit, auf andere Wege einzugehen, aber bisher ist noch nichts vorgebracht worden, was mir gangbar erscheint.

Abg. Enzmann: Man müsse die Gelegenheit benutzen, möglichst viele Nebensachen im Prozeßrecht zu verbessern. Warum sollen denn nicht statt sechs neun oder zehn Senate am Reichsgericht bestehen? Hier spreche eben wieder das fiskalische Interesse mit. Die Revisionssumme der Vorlage (3000 M.) sei eine rein willkürliche. Warum soll bei zehn Senaten die Rechtsbeistand leiden? Wünschenswerth sei es freilich, daß der Consulentenstand der Willkür des Einzelrichters entzogen würde. Staatssekretär Nieberding weist es zurück, daß fiskalische Interessen und Sparmaßregeln bei der Ausarbeitung

der Vorlage maßgebend gewesen seien. Am wenigsten hätte etwa ein Einfluß der preussischen Finanzverwaltung stattgehabt. Hierauf vertagt sich das Haus. Schluß gegen 6 Uhr.

Berlin, 13. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident v. Vnol eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Das Haus ist schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung steht: Erste Beratung des vom Centrum eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung und Ergänzung des Strafaccebuchs, sogenannte lex Heinze.

Abg. Spahn (Centr.) begründet den Gesetzentwurf. Das Reich habe die Aufgabe, die Sittlichkeit zu schützen. Die Zustände würden immer bedenklicher. Die Zahl der geschiedenen Ehen hat sich seit 16 Jahren verdoppelt. Deutschland hat von allen Staaten die meisten Ehescheidungen und auch die meisten, welche auf böswilliger Verlastung beruhen. Die Zahl der unehelichen Kinder und der Sittlichkeitsverbrechen nimmt immer zu. In Berlin gebe es 24 000 Dirnen. In andern Städten liege es verhältnismäßig nicht anders. Der große Prozentatz von Selbstmorden hänge damit zusammen; der Redner hebt insbesondere die Neuassung des § 184 hervor, wonach strafbar ist, wer unzüchtige Schriften, Abbildungen, Darstellungen u. s. w. feil hält, ferner wer dieselben verbreitet oder zum Zweck der Verbreitung vorräthig hält. Ebenso wer Gegenstände, welche zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind, ausstellt. Die Staaten seien nicht nur dann stark und gesund, wenn ihre Finanzen gesund sind, viel werthvoller ist ein sittlich gesundes Volk.

### Der Prozeß Esterhazy.

(Telegramme.)

Paris, 13. Jan. „Aurore“ veröffentlicht einen offenen Brief Emile Zola's an den Präsidenten der Republik, überschrieben: „J'accuse“, in welchem der ganze Prozeß, der sich soeben abgepielt hat, noch einmal vorgeführt wird. Zola hebt in der Untersuchungsführung und den Verhandlungen des Kriegsgerichts Unregelmäßigkeiten und Ungeheuerlichkeiten ohne Zahl hervor und beschuldigt du Paty de Clam, Major Kovary, Billot und Mercier formell der Vthilberletzung. Zola fordert schließlich die Regierung geradezu heraus, ihn vor ein Schwurgericht zu stellen.

Paris, 13. Jan. Der offene Brief Zola's an den Präsidenten der Republik lautet folgendermaßen: „Ich klage Paty de Clam an, der diabolische Urheber des Justizirrtums gewesen zu sein, ich klage General Mercier der Willkür hierbei an, ich klage Billot an, Beweise der Unschuld des Dreyfus unterdrückt, und Bödschiffe und Bouffe, hierbei mitgewirkt zu haben; ich klage Pellieux und Kovary einer verbrecherischen Untersuchung an, ich klage das erste Kriegsgericht an, Dreyfus auf ein geheim gehaltenes Dokument verurtheilt, ich klage das zweite Kriegsgericht an, einen Schuldigen freigesprochen zu haben. Man möge mich für die Geschworenen stellen und eine offene Untersuchung einleiten.“

Paris, 13. Jan. Der „Temps“ schreibt: Der Freispruch Esterhazy's gereicht uns zur größten Befriedigung — für ihn, für die Armee, für Frankreich. Aber muß es denn durchaus einen Berräter geben, ist die Schuldlosigkeit des Einen ein Beweis für die Schuld des Andern? Darf man nicht hoffen, daß das öffentliche Gewissen auch in diesem einen Punkte die Wahrheit erlangen wird? Ist das nicht die Schmeißer und die Bürgschaft der Freiheit? — Der Abgeordnete Faure beabsichtigt, nach einer Besprechung mit seinen Parteifreunden über die Affaire Dreyfus an den Kriegsminister morgen eine Interpellation wegen des Vorgehens der Militärjustiz zu richten.

Paris, 13. Jan. Infolge der im Prozeß enthaltenen Thatsachen wurde Oberst Picquart heute Vormittag in Haft genommen und in das Fort Bakerien gebracht, bis eine Entscheidung darüber erfolgt, ob er vor ein Untersuchungsgericht gestellt werden soll.

### Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

Berlin, 12. Jan. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Prinz Heinrich dürfte auch durch äußere Zeichen bekunden, daß nicht kriegerische Zwecke in erster Linie ihn an die Küste Chinas führen, daß seine Sendung vielmehr der Erhaltung und Festigung des Friedens gilt. Es ist anzunehmen, daß Prinz Heinrich Gelegenheit findet, in Peking selbst dem Kaiser von China die Versicherung zu überbringen, daß die deutsche Regierung stets befreit sein wird, die Bande der Freundschaft mit China zu erhalten und zu festigen. So würde die Sendung des Prinzen neben dem nothwendigen kriegerischen Gepräge vornehmlich als Mission des Friedens zu betrachten sein.

London, 13. Jan. Wie den „Daily News“ aus Shanghai von gestern gemeldet wird, hat Marquis Ito das neue japanische Kabinet gebildet. — Daselbe Blatt meldet aus Singapur von gestern, daß das englische Kanonenboot „Smith“, welches plötzlich Befehl erhalten hatte, nach Hongkong zu segeln, nach der Insel Hainan in See gegangen ist.

Washington, 13. Jan. Mit Rücksicht auf die Lage in China haben einige Senatoren gegen die Ernennung des Obersten Bryan zum Gesandten in Peking Widerspruch erhoben, weil Bryan noch keine Erfahrungen als Diplomat habe. Infolge dessen soll der jetzige Gesandte in Rio de Janeiro, Conger, nach Peking versetzt werden und Bryan an seine Stelle treten.

Paris, 12. Jan. Die Deputirten, die an den Minister des Auswärtigen, Hanotaux, eine Anfrage über die Angelegenheiten in China und auf Kreta richten wollten, haben beschlossen, die Beratung des Budgets des Auswärtigen abzuwarten, die demnächst stattfinden wird.

### Die cubanische Frage.

(Telegramme.)

Madrid, 13. Jan. General Wehler, der aus Barcelona zurückgekehrt ist, erschien gestern Abend im Staatsgerichtshof und meldete sich beim Generalkapitän.

Der Kriegsminister hat die Entsendung von 6000 Mann Verstärkungen für Cuba angeordnet.

Madrid, 12. Jan. Der „Imparcial“ meldet: In Washington sind ungünstige Gerichte über die Lage auf Cuba verbreitet. Konjul Lee soll dem Staatssekretär Sherman telegraphirt haben, die Anwendung der Autonomie auf Cuba habe nicht den erwarteten Erfolg gehabt. — Ein Telegramm des Generals Blanco meldet, Gobin, der Minister des Innern und der Justiz im kubanischen Kabinet, habe sich gestern in New-York an Bord des spanischen Schiffes „Mejico“ nach Cuba eingeschifft. General Blanco hat gegen diese Reise Gobins, der früher erklärt hatte, er werde nicht nach Cuba zurückkehren, um die spanische Autorität zu kräftigen, Einspruch erhoben.

Savana, 12. Jan. Der Ministerrath hat beschlossen, das jetzige Regime beizubehalten, sowie die Vertheilung von Hilfsleistungen, die aus den Vereinigten Staaten von Amerika für die Bedürftigen eintreffen, zu gestatten.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 13. Jan. Der „Vorwärts“ meldet: Montag Abend fand im Walde bei Torgelow eine erste Schlägerei zwischen streikenden und nicht streikenden Metallarbeitern statt. Mehrere sollen verwundet, einer getödtet sein. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wien, 12. Jan. Wie das „N. Wiener Tagebl.“ meldet, wird die ursprünglich aus 11 Kriegsschiffen gebildete österreichisch-ungarische Flottille in den kretischen Gewässern von jetzt aber nur noch aus fünf Schiffen bestehen.

Fiume, 13. Jan. Im Gemeinderath kündigte der Vorsitzende an, daß infolge der nur bedingungsweise Annahme der Fodestafette seitens Mayländer's eine Neuwahl vorgezogen sei. Bei letzterer wurde Mayländer wiederum zum Podesta gewählt. Mayländer erklärte, er könne auf das Gesetz keinen Schwur leisten, doch sei dies keine Provokation gegenüber der Regierung und der Nation, sondern nur die logische Vertheidigung der Rechte Fiumes. Der Vorsitzende suspendirte hierauf im Namen Seiner Majestät des Königs den Gemeinderath.

Paris, 12. Jan. Die republikanischen Senatsgruppen nahmen davon Abstand, Scheurer-Kestner als Kandidaten für die Vicepräsidentenschaft aufzustellen. Sie überließen den Mitgliedern diesbezüglich freie Hand.

Paris, 13. Jan. Der Abgeordnete Beauregard beantragte, daß den Juden der Aufenthalt in den Grenzdepartements in Zukunft untersagt werden solle.

London, 12. Jan. Der Befehl zur Entsendung des 3. Infanterieregiments nach Egypten ist zurückgezogen worden.

London, 13. Jan. Der der Deputirtenkammer unterbreitete Gesetzentwurf, betreffend die Einsetzung der internationalen Kontrollkommission für die Einnahmen, welche für den Dienst der auswärtigen Schuld zugestanden sind, ist gestern vom Minister des Auswärtigen und den Delegirten der Mächte unterzeichnet worden.

Madrid, 13. Jan. Der neue Generalgouverneur von Puerto-Rico, Gonzalez Munoz, ist unmittelbar nach seiner Ankunft daselbst gestorben.

St. Petersburg, 13. Jan. Das Kaiserpaar und die Kaiserin Witwe sind gestern in Petersburg eingetroffen. Um 12 Uhr nahmen die Majestäten die Glückwünsche des diplomatischen Corps anlässlich des Jahreswechsels entgegen.

St. Petersburg, 13. Jan. Seine Majestät der Kaiser hat die vom Kriegsminister v. Mannooski wegen zerrütteter Gesundheit nachgesuchte Entlassung genehmigt.

### Verschiedenes.

Berlin, 13. Jan. (Telegr.) Auf dem Terrain der Englischen Gasanstalt in Schöneberg bei Berlin fand heute Vormittag eine Explosion statt. Fenster und Thüren des Regulatorhauses wurden herausgerissen, das Dach zersplittert. Drei Personen wurden getödtet, drei schwer verletzt.

Brüssel, 12. Jan. Der hiesige Provinzialsteuerdirektor Kans ist als Generalaudirektor nach Persien berufen worden. Kans soll das Zollwesen in Persien nach belgischem Muster organisiren.

Saag, 12. Jan. Nach einer amtlichen Depesche aus Batavia vom 6. d. Mts. ist der Hauptort der Insel Amboina (Moluden-Insel) durch ein Erdbeben vollständig zerstört worden. Fünfzig Personen sind dabei um's Leben gekommen. 200 Personen sind verwundet worden. Die Offiziere der Garison und das bei der Insel liegende Kriegsschiff sind unverfehrt geblieben.

Cadix, 12. Jan. Beschäftigungslose Arbeiter drangen in San Lucar de Barrameda ein und plünderten dort die Läden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydrol. v. 13. Jan. 1898. Mitteleuropa sammt dem Nordseegebiet wird von einem intensiven barometrischen Maximum, dessen Kern über dem westlichen Deutschland liegt, bedeckt, das Wetter ist in Folge dessen fast überall neblig, doch lagen die Morgentemperaturen nur in Frankreich unter dem Gefrierpunkt. Das Hochdruckgebiet hat voraussichtlich weiteren Bestand, es ist deßhalb wenig bewölkt oder neblig und etwas kälteres Wetter zu erwarten.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchtig-	Wind	Stummel
	mm	in C.	mm	Proz.	St.	
12. Nachts 9 U.	768.5	1.3	4.9	93	NE	bedeckt
13. Morgs. 7 U.	768.9	1.8	4.5	85	NE	„
13. Mittags. 2 U.	766.9	2.8	4.5	79	NE	„

Höchste Temperatur am 12. Jan. 4.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 0.9.

Niederschlagsmenge des 12. Jan. 0.0 mm. Wasserstand des Rheins. Maxan. 12. Jan.: 2.90 m, gefallen 0.1 cm.

Telegraphische Kursberichte vom 13. Januar 1898.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 301 1/2, Staatsbahn 297 1/2, Lombard 72 1/2, 3 1/2 % Portugiesen 21.70, Ägypter 103.14, Distonto-Kommandit 201.50, Gotthardbahn 152.40, 3 % Mexikaner 24.90, 6 % Mexikaner 96.60, Ottomankommandit 112.50, Türkenloose 36.60, Italiener 94.60. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Schlusskurse.) Wechsel Amsterdam 163.90, Wechsel London 208.77, Paris 80.83, Wien 169.75, Italien 77.07, Privatdiskont 3 1/2 %, Napoleons 16.16, 4 % Deutsche Reichsanleihe 103.45, 3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe 97.40, 4 % Preuß. Konio 103.40, 4 1/2 % (3 1/2 % abg.) Baden in Gulden 101.15, 3 1/2 % Baden in M. 102.30, 3 % Baden in M. v. 96 102.85, 4 % Monopolgriechen 96.65, 3 % Italiener 93 1/2, Oesterr. Goldrente 103.20, Oesterr. Silberrente 86.90, Oesterr. Loose v. 1860 128.75, Portugiesen 34 1/2, Neue 4 % Russen 67.15, 4 % Serben 64.40, Spanien 61.60, Türkenloose 38.—, 1 % D-Türken 36.80, 4 % Ungar. Goldr. 103.25, Ung. Kronenrente 100.20, 5 % Argentinier 85.—, 3 % Mexik. 92.80, Berliner Handelsgesellschaft 175.—, Darmstädter Bank 168.80, Deutsche Bank 210.—, Dresdener Bank 163 1/2, Badische Bank 118.—, Rhein. Kreditbank 137.05, Rhein. Hypothekbank 168.95, Pfälz. Hypothekbank 24.80, Oesterr. Länderbank 186 1/2, Wiener Bankverein 222.—, Ottomanka 112.70, Mailänder —, Elbthalaktien 166.50, Schweizer Centralbahn 141.—, Schweizer Nordostbahn 108.20, Schweizer Union 77.70, Jura-Simplon 86.—, Mittelmeerbahn 97.—, Meridionalbank 229 1/2, Badische Zuckerfabrik 138.25, Hannover 186 1/2, Nordb. Lloyd —, Paketfabrik 110.85, Wigner Maschinenfabrik 241.50, Karlsruhe Maschinenfabrik 193.50, North. Prefer. 62.10, A. G. S. 281.70, Schudert 264.25, (2 1/2 % Ubr.) Kreditaktien 301 1/2, Distonto-Kommandit 201.50, Staatsbahn 297 1/2, Lombarden 72 1/2. Tendenz: fest.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register. Geburten. 7. Jan. Gustaf Adolf, S.: Gustaf Adolf Dengler, Monteur. — 9. Jan. Peter, S.: Rudolf Rimmig, rechtskundiges Mitglied der Direktion der Allgemeinen Versorgungsanstalt. — 11. Jan. Uina, S.: Jakob Zeeb, Fuhrmann. — 12. Jan. Frieda, S.: Karl Heller, Lackier. — Uina, S.: Anton Hud, Bahnarbeiter. — Hans Richard Friedrich, S.: Wilhelm Klatt, Kompagnie-Verwalter. Eheaufgebote. 12. Jan. Karl Schönstein von Grafenhäusern, Oberpostassistent in Freiburg, mit Emilie Deth von Rüppurr. — Ludwig Wagner von Bühl, Schreiner hier, mit Emilie Zimmermann von Reichardshausen. — Josef Herberger von Neudorf, Bahnarbeiter hier, mit Sophie Vogt, Witwe, von Oppenau. Todesfälle. 10. Jan. Anna Großmann, ledig, Privat, 75 J. — 12. Jan. Amalie, Witwe von Benedikt-Bauer, Bezirksarzt, 82 J. — Barbara, 4 M. 3 J., S.: Wilhelm Armbruster, Lokomotivheizer. — Marie Bracher, ledig, Fabrikarbeiterin, 20 J.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 14. Jan. Abth. A. 33. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Fra Diavolo“, komische Oper in 3 Aufzügen von Eugen Scribe. Musik von Auber. Anfang 7 1/2 Uhr. Samstag, 15. Jan. Abth. C. 33. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): Neu einstudiert: „Cappho“, Trauerspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer. Anfang 7 Uhr.

Dankagung.

Karlsruhe. Für die vielfachen Beweise herzlicher Theilnahme, welche uns bei dem Tode des nun in Gott ruhenden Geheimraths a. D. Anton Walli gegeben wurden, sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus. Karlsruhe, den 13. Januar 1898. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Grosser Maskenball in der Festhalle Karlsruhe.

Samstag den 5. Februar 1898, Abends 8 Uhr. Prämierung von Einzelkostümen und Gruppen. 3.997 Ballorchester: Die vollständigen Kapellen des 1. Bad. Leib-Grenadierregiments Nr. 109, Königl. Musikdirektor Böttge, und des 1. Bad. Feld-Artillerieregiments Nr. 14, Königl. Musikdirigent Liefse.

Klaviers

Versäumen Sie nicht, vor Anschaffung eines Klaviers sich an die Firma M. Hack, Karlsruhe, Ecke der Krieg- und Rüppurrerstrasse 2, zwei Treppen, zu wenden. Dort finden Sie die schönste Auswahl vom billigsten Lernklavier bis zum ideal vollkommensten Concert-Pianino. Die Ersparnisse für Ladenmiete, Geschäftsführer, Buchhalter etc. lässt die Firma ihren Käufern zugut kommen, daher kauft man bei ihr erstaunlich billig. Der grosse, stets wachsende Umsatz ist der beste Beweis! Gespielte Instrumente werden in Tausch genommen, Abschlagszahlungen werden bewilligt. Reparaturen und Stimmungen von Klavieren werden zuverlässig und billig besorgt.

Transmissionen, Lager-, Riemen- und Seilmaschinen von einer ersten Spezialfabrik. Amerikan. Werkzeug-Maschinen als: Bohr-, Hobel-, Fräs-, Stoss- und Schleif-Maschinen; Drehbänke mit u. ohne Revolvereinrichtung; Schraubenschneid-Maschinen, einfach u. automatisch, Spezial-Maschinen für die Fahrrad-Fabrikation; Gieß- und Härteöfen mit einstellbarer Temperatur. Lieferung sofort oder in kurzen Fristen. Kostenanschläge werden gratis geliefert. I. Göhring, Ingenieur und techn. Geschäft Offenbach a. M.

Dem musikalischen Publikum

von Karlsruhe und Umgebung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass mein alleiniger Vertreter nur Herr Ludwig Schweisgut, Grossh. Hoflieferant, daselbst ist, und dass ich für Instrumente mit meiner Firma, welche von andern Händlern, als angeblich direkt von mir bezogen, offerirt werden, nicht im Stande bin, irgend welche Garantie zu übernehmen. 3.21.40.

Julius Blüthner, Leipzig, Kaiserl. u. Kgl. Hof-Pianofortefabrikant.

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, anerkannt vorzügl. Qualitäten, empfehlen 3.970.1 Ludwig Oehl Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116.

Bürgerliche Rechtsstreite. 2. Nr. 416. Weinheim. Ueber das Vermögen der Leonhard Schmitt Ehefrau, Schuhhändlerin in Weinheim, wurde heute, am 12. Januar 1898, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Herr Wasserrichter Friedrich Zintgräf in Weinheim ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. Februar 1898 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch den 16. Februar 1898, Vormittags 10 Uhr.

Pfälzische Hypotheken-Bank Ludwigshafen am Rhein.

Im Vollzug eines Beschlusses der Generalversammlung vom 20. März 1897 wird das Aktienkapital unserer Gesellschaft um M. 2,000,000 durch die Begebung von 2000 Stück Aktien à M. 1000 per 1. Februar nächstjährlig erhöht werden. Diese 2000 Stück Aktien erhalten Dividendenscheine für das ganze Jahr 1898, wogegen der Bank für die Zeit vom 1. Januar 1898 bis zum Tage der Einzahlung vier Prozent Zinsen zu vergüten sind. Der Begebungskurs der Aktien ist auf 150%, inclusive Reichsstempel, Bayerische Staatsgebühr und Aktienanfertigungskosten festgesetzt worden. Zu dem genannten Kurse haben wir die M. 2,000,000 fest begeben, jedoch unter voller Wahrung des Bezugsrechts für die Inhaber von Aktien der Pfälzischen Hypothekenbank. Das Bezugsrecht der neuen Aktien ist unter folgenden Modalitäten eingeräumt: 1. Auf je 11 alte Aktien können zwei neue Aktien bezogen werden. 2. Die Bereitwilligkeit zur Ausübung des Bezugsrechts ist bei Vermeidung des Verlustes desselben in der Zeit vom 17. bis einschliesslich 31. Januar 1898 zu erklären. 3. Die Erklärung hat zu erfolgen nach Wahl: in Mannheim bei der Rheinischen Creditbank; in Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg i. Br. und Konstanz bei deren Filialen; in München bei der Bayerischen Vereinsbank und der Bayerischen Filiale der Deutschen Bank; in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank; in Berlin bei der Direction der Discoutogesellschaft, Dresdener Bank und dem Banquiere S. Reichröder. 4. Wer das Bezugsrecht geltend machen will, hat die alten Aktien (ohne Dividendenscheine und Talons) mit zwei gleichlautenden, von ihm vollzogenen Anmeldeformularen, die bei den Anmeldestellen erhältlich sind, zur Abstempelung einzureichen und gleichzeitig M. 1500 für jede Aktie à M. 1000, sowie den Schlussnotenstempel und 4% Zins aus dem Nominalbetrage von M. 1000 für die Zeit vom 1. Januar 1898 bis zum Tage der Einzahlung baar zu zahlen. 5. Ueber die geleisteten Einzahlungen werden Kassaquittungen erteilt. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt gegen Rückgabe der Kassaquittungen. Die Rheinische Creditbank in Mannheim, sowie die Bayerische Vereinsbank und die Bayerische Filiale der Deutschen Bank in München sind bereit, die Verwerthung des Bezugsrechts zu vermitteln. Ludwigshafen a. Rh., den 12. Januar 1898. Pfälzische Hypotheken-Bank.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinlichschuldnern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. Februar 1898 Anzeige zu machen. Weinheim den 12. Januar 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Hetsperger.

2. Nr. 448. Schönau. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Leberhändlers Wilhelm Huch in Schönau ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor dem Großh. Amtsgericht hierseits auf Freitag den 4. Februar 1898, Vormittags 9 1/2 Uhr, bestimmt. Schönau, den 11. Januar 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Wagenmann. 2. Nr. 712. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirths Georg Alal in Horben ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Mittwoch den 26. Januar 1898, Vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hierseits, Holzmarktplatz 6 I, anberaumt. Freiburg, den 8. Januar 1898. Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: Heib.

Bermischte Bekanntmachungen. 3.968.1. Nr. 111. Karlsruhe. Holzlieferung. Die Großh. Rhein-Ansichtskontroll-Karlsruhe vergibt die freie Lieferung nachverzeichneter Hölzer für Unterhaltung der Schiffbrücke zu Plittersdorf: 1. 7,047 cbm eigenes Kantholz zum Bontontbau, 2. 290,0 qm eich. Schiffsböden 40 mm stark, 3. 10,0 qm eich. Steuerruderböden 60 mm stark, 4. 29,556 cbm tannenes Kantholz, 5. 550,00 qm tannenes Gedeckplättlinge 75 mm stark, 6. 20,00 qm eich. Plättlinge 60 mm stark. Montag, 31. Januar d. J., Vormittags 11 Uhr, auf ihrem Geschäftszimmer, Karlsruhe Nr. 102, in öffentlicher Verhandlung. Lieferungsbedingungen und Holzverzeichnis liegen auf dem Geschäftszimmer der Inspektion, sowie bei Brückenmeister Jung in Plittersdorf zur Einsicht auf. Angebote sind postfrei, verschlossen und mit der Aufschrift „Holzlieferung“ versehen, spätestens bis zu obigem Termin hier einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. 3.988.2. Forstbezirk Schweigenen. Holzversteigerung. Aus dem Domänenwald Hardtwald werden Montag den 17. Januar d. J., Morgens 9 Uhr anfangend, im „Alder“ in Ostersheim mit Vorgriff versteigert: Aus Abth. Kohlbüchel: 53 fortlene Stämme III. Kl., 73 desgl. IV. Kl., 118 desgl. V. Kl. Aus Abth. Nordbündel: 76 fortlene Stämme III. Kl., 116 desgl. IV. Kl., 238 desgl. V. Kl. Aus Abth. Kohlbüchel und Franzosenbüsch 371 Ster fortlene Scheiter, 770 Ster fortlene Prügel. Stammholzversteigerung. 2.20. Nr. 142. Die Bezirksforsterei Bruchsal versteigert in der Wirthschaft zur „Sonne“ in Bruchsal, jeweils Vormittags 9 1/2 Uhr beginnend, mit Zahlungsfreist bis 1. November l. J.: Montag den 24. Januar l. J. aus dem Eichelberg, Abtheilung 2, 9, 10 und aus der Oberen Lufshardt, Abtheilung 6, 7, 13: 13 Hainbuchen, 51 Rothbuchen, 426 Eichen, 63 Eichen, 46 Erlen, 2 Pappeln, 1 Weißulme, 1 Lärche, 2 Forlen. Dienstag den 25. Januar l. J. aus der Oberen Lufshardt, Abth. 18, 19, 20, 31, 82: 8 Hainbuchen, 27 Rothbuchen, 325 Eichen, 34 Eichen, 76 Erlen, 2 Rotulmen, 8 Weißulmen, 109 Forlen. Mittwoch den 26. Januar l. J. aus der Oberen Lufshardt, Abth. 40,

49, 50, 54, 57, 58, 59 und aus dem „Jungwald“, Abth. 1 und 2: 31 Hainbuchen, 15 Rothbuchen, 442 Eichen, 22 Eichen, 2 Erlen, 4 Rotulmen, 5 Forlen. Die Forstwärte Gößmann und Welein in Bruchsal zeigen das Holz vor und liefern Anschläge.

2. Nr. 74. Aus den Domänenwaldungen Großh. Bezirksforsterei Rothenfels in Rastatt werden mit Bewilligung einer unverzinslichen Borgfrist bis 1. November l. J. oder 2%, Rabatt bei Barzahlung im Rathhaus in Rothenfels Freitag den 21. d. M. versteigert: Vormittags 10 Uhr: in Distr. I Eichelberg-Nahberg, Abth. 7, 10, 12, 13, 16, 22, 25, 29 und 52: Eichen 16 III., 90 IV.; 30 Roth-, 1 Hainbuche, 102 Eichen, 5 Horn-, 1 Ulme und 29 Erlen; Nadelholz-Stämme: Kiefern 5 II., 24 III., 37 IV.; Tannen: 3 IV., 2 V.; Lärchen 1 III., 16 IV., 5 V. Abth. Kiefern: 12 II., 13 I., Tannen: 1 II., 2 I., Lärchen: 6 I., 23 lärchene Gerüst-, 338 eichene, 134 büchene, 207 eichene, 3 tannene Wagnertangen, 207 lärchene, 225 fortlene Rahmenstengel (4 1/2 m lang), 116 lärchene und 370 fortlene Sperrbrett (Kadabäume) (3 m lang). Nachmitt. 2 Uhr in Distr. II, Bruchberg, Abth. 8, 9, 10, 12 und 13: Eichen: 2 III., 25 IV., 8 Buchen, 1 Horn und 1 Eiche, Tannen Stämme: 10 I., 22 II., 39 III., 215 IV. und 10 V.; Abth. 2 I., 11 II., 42 I.; 17 Gerüst-, 22 eichene, 103 büchene Wagnertangen, 32 tannene Rahmenstengel und 16 Sperrbrett. Eichen und Buchen in I. 10, 12, 13 (Greif, Rothenfels), I. 29 (Kunz, Freilochheim), Eichen in I. 29 (Kunz), I. 52 (Kraft, Michelbach), Kiefern in I. 7 (Greif), I. 25 (Kunz), Lärchen I. 26 (Kunz), I. 52 (Kraft), sämtliches Langholz in Distr. II (Neger, Michelbach). Benannte Forstwärte zeigen auf Verlangen das Holz vor.

Kuhholz- und Eichenhälftversteigerung.

3.995. Von Großh. Bezirksforsterei Neckargemünd werden aus Domänenwaldungen Donnerstag, 20. Januar, Morgens 9 1/2 Uhr beginnend, im Rathhaussaale zu Neckargemünd versteigert: 1. Aus Distr. I „Hollmuth“ 25 Eichen II.-IV. Kl., zehn Birken-Wagnertangen, 30 lärchene-Daumpfähle; 2. aus dem Distr. II „Zudenwald“ 11 Eichen I.-IV. Kl., 4 Ster Eichen-Kuhstammholz (3,20 Meter lang); 3. aus Distr. IV „Hohberg“ 15 Rothbuchen, 41 Eichen II.-IV. Kl., ferner Nadelholz (Lärchen- und Fichten-) Stangen: 268 Gerüst- u. Leiterstangen, 4480 Hopenstangen I.-IV. Kl., 1500 Reibsteden, 975 Bohnensteden; 4. aus Distr. VII „Nedarhalden“ Schlag 9 das Ergebnis an Eichenhälften von 15jährigem Stodausschlag, geschätzt zu etwa 300 Centner. Vorzeiger des Holzes: Die Forstwärte Steinbrenner in Neckargemünd für Distr. I, Eßner in Weienbach für Distr. II, Heringer in Waldmimmersbach für Distr. IV, Göß in Wüdenloch für Distr. VII.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Im gemeinschaftlichen Heft A des Heftes II, gültig vom 1. Januar 1894, für den süddeutsch-österreich-ungarischen Verband ist die Station Friesenheim mit den um 13 Kilometer erhöhten Entfernungen der Station Offenburg nachgetragen worden. Karlsruhe, den 12. Januar 1898. General-Direction.

Fühiger Decorationsmaler.

selbstständig in Entwurf und Ausführung, für dauernd gesucht. Fr. Offerten an 3.963.2. Joh. de Haer, Düsseldorf.